



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 75 - Plenarwoche 22. - 26. September 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen: Europäischer Parlamentskanal „EuroparlTV“ auf Sendung gegangen

Am 17.09. ist der Startschuss für einen europäischen parlamentarischen Fernsehkanal im Internet gefallen. Das EP verfügt ab jetzt über ein eigenes WebTV mit 4 Spartenprogrammen in 23 Sprachen, es ist der erste Parlamentskanal der EU im Internet überhaupt. Angebote für Interaktivität und der Spartenkanal „Junges Europa“ sollen die jungen Menschen in Europa ansprechen. Die Direktübertragung von Sitzungen des EP findet in „Parlament live“ statt. Zuschauerbeiträge können über den Kanal „Ihre Stimme“ eingebracht werden. Das Programm „Ihr Parlament“ wendet sich an Zuschauer mit speziellen Interessen an der EU-Politik. EuroparlTV ist 24 Stunden in 23 Sprachen weltweit online abrufbar unter: <http://www.europarl.tv.europa.eu/>

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Verabschiedung des Telekommunikationspakets

Das Europäische Parlament hat das so genannte Telekom-Paket in Erster Lesung angenommen. Das Paket besteht aus einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen, deren Ziel es ist, besseren Zugang zu Telekommunikationsleistungen zu ermöglichen, mehr Informationen für Verbraucher zu liefern und zugleich den Datenschutz zu stärken. Alle großen Fraktionen haben vor der Abstimmung einem Kompromiss zugestimmt, der das wesentliche Ziel des Kommissionsvorschlags - die Position der Kunden zu stärken - nicht verändert, jedoch in einigen Punkten mehr Klarheit schafft. Dies betrifft vor allem den Datenschutz und andere fundamentale Rechte. Das Telekom- Paket umfasst eine Richtlinie zu Verbraucher- und Datenschutz, eine Richtlinie über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und eine Verordnung zur Errichtung eines neuen Gremiums europäischer Regulierungsbehörden.

2. Energie-Preise: EU muss Wirtschaft unterstützen

Das EP hat eine gemeinsame Resolution zu den steigenden Energiepreisen angenommen. Die Abgeordneten hielten fest, dass es globaler Anstrengungen bedarf, um die Nachfrage nach Energie und den Verbrauch zu drosseln. Andernfalls werden Nachfrage und damit auch die Preise für Energie in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen. Das Parlament forderte konkrete Maßnahmen, die den Energiehunger dämpfen und erneuerbare Energiequellen sowie Energieeffizienz fördern. Auch soll die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Finanzielle Anreize sollen so gesetzt werden, dass Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Produkte gefördert werden können.

3. Terrorismusbekämpfung unter Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus verstärken

Das EP hat einer Ausweitung der Straftatbestände zur verbesserten Terrorismusbekämpfung zugestimmt, sich gleichzeitig aber für die Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus ausgesprochen. Zentraler Aspekt ist die Aufnahme neuer Straftatbestände in den Begriff des Terrorismus, nämlich von drei vorbereitenden Handlungen wie der öffentlichen Anstiftung zur Begehung einer terroristischen Straftat sowie der Anwerbung und der Ausbildung für terroristische Zwecke. Diese Neueinführung soll der wachsenden Bedrohung des Terrorismus Einhalt gebieten, jedoch keinesfalls die Grundrechte oder Grundfreiheiten der Bürgerinnen und Bürger schmälern oder behindern. Dies betrifft insbesondere das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit anderer Medien sowie das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Schließlich sollen personenbezogene Daten nur an Drittländer oder internationale Einrichtungen weitergeleitet werden, die ein angemessenes Datenschutzniveau sicherstellen.

4. Medienpluralität verteidigen - Demokratie braucht unabhängige Journalisten und Medien

In einer Resolution zur Verteidigung von Medienpluralität hat das EP gefordert, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu unabhängigen Medien haben sollen. Verleger, Aktionäre und auch Regierungsstellen sollten keinen direkten Zugriff auf redaktionelle Inhalte erhalten. Die Resolution wurde mit 307 Ja-Stimmen (bei 262 Nein-Stimmen) angenommen und ruft die Kommission und die Mitgliedsstaaten dazu auf dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu freien und unabhängigen Medien haben.

5. EP kritisiert die Blockadehaltung des Rats zum Sicherheitspaket für den Seeverkehr

Das EP hat mit großer Mehrheit für weitere konkrete Sicherheitsmaßnahmen für den Seeverkehr gestimmt. Dies enthält eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen, die den Seeverkehr in den Gewässern der Europäischen Union sicherer machen sollen. Unter anderem sollen Schiffskontrollen in EU-Häfen nach einheitlichen Standards ablaufen und gemäß der Risikoklasse der Schiffe entsprechend häufig. Auch Unfälle auf See sollen nach einer einheitlichen Methodik untersucht werden. Das nun in der Diskussion stehende dritte Seeverkehrs-Paket beinhaltet u. a. Vorschriften zu Flaggenstaatpflichten, Schiffskontrollen in Häfen des EU-Gebiets, Standards zum Schutz von Passagieren und Versicherungspflichten sowie zur Klassifizierung von Gesellschaften und zu zivilrechtlichen Haftungsfragen.

III. Weitere Themen waren

- Finanzmarktkrise der EU
- Arbeitsprogramm der Kommission
- Transparenz von Hedge Fonds und Private Equity
- Krise der internationalen Finanzmärkte
- Entschließung zum Arbeitsprogramm der Kommission 2009
- Weißbuch zu Ernährung, Übergewicht und Adipositas
- Bekämpfung des Kinderhandels
- ETA-Anschlag vom 21. September
- Finanzierung der irischen "Nein"-Kampagne

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
